V-8 Beschluss zur kritischen Begleitung der Regierungsarbeit von Bündnis 90/Die Grünen

Antragsteller*in: Constantin Heinold und Silvia Fredenhagen
Tagesordnungspunkt: V Verschiedene Anträge

Antragstext

Nach dem überraschenden Verzicht auf eine erneute Kandidatur unseres grünen Bundesvorstandes und der offenen Unzufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung, auch der Grünen Minister*innen, muss die GRÜNE JUGEND ihr Verhältnis zu ihrer Altpartei neu definieren.

Uns ist bewusst, dass eine Regierungsbeteiligung immer Kompromisse erfordert. Wir betrachten jedoch mit großer Sorge, dass mit zunehmendem Alter der Koalition mehr und mehr Beschlüsse auf Kosten der Ursprungswerte der Grünen getroffen werden. Beschlüsse, deren Grundlage und Geist dem Koalitionsvertrag vollständig entgegenstehen. Frei nach dem Prinzip ‚Only Nixon could go to China' werden massenhaft Beschlüsse getroffen, welche die Moral der Partei und ihrer Jugendorganisation verletzten.

Die Regierungsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen treibt damit einen Spaltkeil zwischen sich, ihre Partei und ihre Jugendorganisation. Austritte aus Vorstandspositionen der GRÜNEN JUGEND und verlorene Landtagswahlen sind eine direkte Folge dieser Politik, in welcher sich der totale Verlust der Werte der Partei hinter einer vermeintlichen Erzeugung von Stabilität in der Regierung anstellen muss. Damit laufen wir direkt in die Falle der Koalitionspartner, die diese Drohkulisse der einstürzenden Regierung aktiv erzeugen, um die Grüne Partei, die Kraft des Fortschrittes in dieser Regierung, zu schwächen und zurückzuweisen.

Daraus folgt die Notwendigkeit der Bündnis 90/Die Grünen Fraktion im Bund, eine Teilverantwortung für die Wahlniederlagen im Osten zu übernehmen, wozu wir sie als GRÜNE JUGEND auffordern. Die GRÜNE JUGEND betrachtet daher aktuell an der Bundesregierung beteiligte Personen nicht als geeignet, die Partei Bündnis 90/ Die Grünen aus der Krise zu führen.

Die GRÜNE JUGEND wird die Partei Bündnis 90/Die Grünen speziell **nicht** bei folgenden Projekten *unterstützen* oder die Entscheidungen der Koalition in folgenden Punkten *verteidigen*:

- Verschärfung der Migrationspolitik

Die Datenlage ist klar: Das Kürzen von Leistungen für Asylbewerber senkt die Chancen einer gelungenen Integration. Kern unserer Asylpolitik müssen die Menschenwürde und die Lehren aus dem Holocaust sein. Jede Verschärfung, die auch nur einen Zweifel zulässt, dass dies das Fundament unserer Migrationspolitik ist, ist abzulehnen. Wir lehnen ebenfalls das populistische Abschieben von Asylsuchenden in politisch unsichere Herkunftsregionen ab.

- Rückkehr zur austeritären Sozialpolitik

Jeder Mensch, der wohnhaft in der Bundesrepublik ist, hat ein Anrecht auf ein Menschenwürdiges Leben und gesellschaftliche Teilhabe.

Mit der effektiven Absenkung der Sozialleistungen auf das Niveau der vorherigen ALG2 (Hartz 4) ist das nicht gegeben. Teilnahme an der Gesellschaft ist nur auf dem Papier, durch Unmengen zeitintensive und würdelose Beantragungsprozesse teilweise möglich.

Ein erster Schritt aus dieser Politik kann nur ein präzedenzloser und weitgehender Abbau von Bürokratie im Sozialsystem mit gleichzeitiger Erhöhung der Leistungen sein.

- effektive Aushebelung der Klimaziele

Durch die sektorenübergreifende Prüfung der Emissionsziele werden die notwendigen radikalen Veränderungen, insbesondere in den Bereichen Bau und Verkehr, verhindert. Einen Aufschub können wir uns jedoch nicht leisten, denn mit immer weiter fortschreitender Zeit werden notwendige Maßnahmen und Folgen immer radikaler und noch weniger mehrheitsfähig. Die Veränderung des Klimaschutzgesetzes ist ein effektiver Anschlag auf die planetare Gesundheit.

Ein stilles Hinnehmen dieser Gesetzesänderungen unter Beteiligung der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen würde einer Duldung gleichkommen und die GRÜNE JUGEND zu Komplizen einer falschen und teilweise menschenfeindlichen Politik machen.

Die Zeit für eine solidarische und ökologische Kursänderung ist jetzt!

Begründung

Als GRÜNE JUGEND, die so vertrauensvoll und eng mit unseren Partner*innen in der Partei Bündnis 90/Die Grünen zusammenarbeitet, sind wir in der Verantwortung klar zu benennen, wenn ihre Politik Parteibasis und Stammwähler*innen zurücklässt. Die Wahlen für das Europaparlament, im Osten und die Rücktrittswelle im Verband sind hierfür klare Zeichen.

Für Änderungsanträge, Fragen, Anmerkungen und Kritik stehen wir unter heinold.gj@gruene-coburg.de und fredenhagen.gj@gruene-coburg.de jederzeit zur Verfügung.

Constantin Heinold und Silvia Fredenhagen

Cosprecher*innen der GRÜNE JUGEND Coburg